



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Finanzen und
Beteiligungen -

Dezernat VI Punkt 5 der öffentlichen Sitzung am 14. November 2024

Vorlagen-Nr. 24-F-05-0011

**Anpassung der Unterbringungsgebührensatzung
-Antrag der FDP-Fraktion vom 14.11.2024-**

Das nach wie vor unzureichende Engagement von Bund und Land bei der Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen belastet den städtischen Haushalt. Insbesondere im Bereich der Unterbringung entsteht der LHW ein erhebliches Defizit. Eine Erhöhung der Unterbringungsgebühr ist auch deshalb wünschenswert, da damit auch ein realistischeres Bild über tatsächliche Wohnkosten in Wiesbaden vermittelt wird. Andere Städte setzen daher auf höhere Regelsätze, z.B. Frankfurt (710 Euro in Gemeinschaftsunterkünften).

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

den städtischen Gremien einen Entwurf zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Unterbringung von Flüchtlingen und anderen ausländischen Personen in der Landeshauptstadt Wiesbaden (Unterbringungsgebührensatzung) vorzulegen, der eine Anhebung der monatlichen Nutzungsgebühr auf 600 Euro vorsieht.

Beschluss Nr. 0301

Der Antrag wird abgelehnt.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .11.2024

Dr. Reinhard Völker
Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .11.2024

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Dr. Gerhard Obermayr
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .11.2024

Dezernat VI
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Gert-Uwe Mende
Oberbürgermeister